Der Petent setzte sich mit seiner Eingabe dafür ein, dass der Standort Trier-Ehrang des Klinikums Mutterhaus Trier (KMT) erhalten bleibt. Obwohl von Bund und Land 30 Millionen Euro für den Wiederaufbau der von der Flut zerstörten Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden, hätten Geschäftsführung und Aufsichtsrat des KMT beschlossen, die Klinik nicht wieder zu eröffnen und die Wiederaufbauhilfe für eine bauliche und strukturelle Umgestaltung des zentralen Standorts zu nutzen. Aus Sicht des Petenten könnten die Standorte Mitte und Nord in der Innenstadt das Krankenhaus Ehrang nicht ersetzen. Anfahrtszeiten würden sich erheblich verlängern. Wegen der Lage am Stadtrand wäre es das einzige Trierer Krankenhaus, das bei einem Katastrophenfall in der Innenstadt die medizinische Versorgung gewährleisten kann. Zudem wäre die Notfallversorgung bisher in Kooperation mit der Rettungswache des DRK in Ehrang durch einen Notarzt mit einem Notarztwagen gewährleistet. Der Petent befürchtete, dass diese für die Region ebenso ersatzlos wegfallen wird.

Das Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit teilt dazu mit, dass es sich bei der Schließung der Betriebsstätte Ehrang des Klinikums Mutterhaus der Borromäerinnen um eine Entscheidung des Trägers und nicht des Landes handelt. Die Landesregierung hält den Schritt angesichts der immensen Schäden durch die Flutkatastrophe am Standort Ehrang (betroffen sind auch aufwendige Versorgungsstrukturen wie Stark- und Schwachstromanlagen, Notstrom, Lüftungs-, Kälte- und Heizungsanlagen) indes für nachvollziehbar. Im Vordergrund stünden dabei nicht betriebswirtschaftliche Gründe. Ausschlaggebend wäre vielmehr die lange Dauer des Wiederaufbaus von mehreren Jahren gewesen. Für diese Zeit hätten, um eine sichere Patientenversorgung zu gewährleisten, Parallelstrukturen aufgebaut werden müssen. Da es sich bei dem Standort Ehrang um eine Betriebsstätte des Krankenhauses handelte, würden die Betten im Landeskrankenhausplan nicht gesondert ausgewiesen. Es obliege in einem solchen Fall dem Krankenhausträger, über die konkrete Verteilung der Planbetten und Fachabteilungen auf die einzelnen Betriebsstätten zu entscheiden. Die angesprochene Landeskrankenhausplanung ist nach Angaben des Ministeriums demnach nicht betroffen.

Weiter führte das Ministerium aus, dass auch nach dem Wegfall der stationären Versorgung in Trier-Ehrang eine gute stationäre Versorgung der Bevölkerung in der Region sichergestellt ist. Das bisher in Ehrang vorgehaltene Angebot entfiere nicht, sondern würde an den beiden anderen Standorten des Klinikums angeboten, die durch die Konzentration langfristig gestärkt und ausgebaut werden können. Zudem existieren im Umkreis drei Grundversorger. Die durchschnittlichen Pkw-Fahrzeitminuten zum nächsten Grundversorger erhöhe sich durch die Schließung von 12,2 auf 13,5 Minuten und damit nur in einem geringfügigen Umfang. Nach den Vorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) handelt es sich nur dann um ein unverzichtbares Krankenhaus, wenn durch die Schließung eines Krankenhauses durchschnittlich mind. 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner Fahrtzeiten von mehr als 30 Minuten zum nächstgelegenen geeigneten Krankenhaus aufwenden müssten. Dies war hier nicht der Fall.

Bezüglich der angesprochenen Notfallversorgung teilte das Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit mit, dass zeitkritische Notfälle wie Herzinfarkte oder Schlaganfälle auch bisher nicht in Ehrang versorgt wurden, sondern an den großen Trierer Standorten, da diese über die dafür erforderliche personelle und technische Ausstattung verfügen. Im Katastrophenfall ist die Region auch ohne die Betriebsstätte Ehrang mit den beiden Trierer Krankenhäusern der Maximal- bzw. Schwerpunktversorgung an

unterschiedlichen Standorten im Stadtgebiet, dem Krankenhaus der Schwerpunktversorgung in Wittlich und den weiteren Krankenhäusern in Bitburg, Hermeskeil und Saarburg gut aufgestellt.

Das Ministerium des Innern und für Sport teilte ergänzend mit, dass diese Ausführungen auch den von dem Petenten vorgebrachten Aspekt der stationären Krankenhausversorgung im Katastrophenfall umfasst. Das Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit habe bezüglich der stationären Krankenhausversorgung innerhalb der Landesregierung die alleinige Zuständigkeit.

Bezüglich der Befürchtungen des Petenten, dass der Notarztstandort Ehrang ersatzlos wegfallen könnte, teilte das Ministerium des Innern und für Sport mit, dass nach den Regelungen des Rettungsdienstgesetzes die Kreisverwaltung des Landkreises Trier-Saarburg als örtliche Rettungsdienstbehörde für die Notarztstandorte in der Stadt Trier zuständig ist. Diese hätte auf Nachfrage mitgeteilt, dass sie nicht beabsichtigt, den Notarztstandort Ehrang aufzugeben. Der Minister hat im Übrigen darauf hingewiesen, dass der Notarztstandort nicht an einem Krankenhaus eingerichtet sein muss. Er ist also nicht vom Erhalt des Krankenhauses Ehrang abhängig.

Der Petitionsausschuss des Landtags Rheinland-Pfalz hat in seiner nicht-öffentlichen Sitzung am 20.09.2022 festgestellt, dass dem in der Eingabe vorgebrachten Anliegen nicht abgeholfen werden kann.